

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 M. Durch Austräger 2.00 M. pro Woche, 9.— M. pro Monat. Durch die Post 9.— M. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, c. o. m. b. H., Breslau, Postfach Nr. 81059. — Fernsprechanruf: Nr. 8337.

Dienstag, 31. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die 10spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 M., auswärts 0.90 M. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Verlos- und Verlosungsanzeigen 0.40 M. Kellame: Die Millimeterzeile, 10spaltig oder deren Raum im Text 3.— M.

Rundgebung der Kommunisten Deutschlands und Frankreichs.

An das schaffende Volk Deutschlands und Frankreichs!

Männer und Frauen des schaffenden Volkes, Brüder und Schwestern in Deutschland und Frankreich! Statt des Rheins sollte euch der breite Blutstrom des Weltkrieges trennen. So wollten es die Reichen und Ausbeuter in beiden Ländern.

Doch siehe da! Der Weltkrieg hat euch zu einer großen Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt. In Frankreich wie in Deutschland trägt das schaffende Volk gleiche Trauer um Hunderttausende erschlagener Söhne, um Millionen Verwundeter und Siecher. In Frankreich wie in Deutschland droht das schaffende Volk unter den Lasten zusammenzubrechen, die der Weltkrieg auf seinen geschundenen Rücken gebürdet hat.

Männer und Frauen des schaffenden Volkes beider Länder!

Die Notwendigkeit der Wiedergutmachung der Verbrechen und Zerstörungen des Weltkrieges bindet euch in weiterer Schicksalsgemeinschaft zusammen. Der Weltkrieg war das Verbrechen der Kapitalistenklassen, der Imperialisten aller Länder, und er war gleichzeitig ihr Riesengeschäft. Die Wiedergutmachung soll ein neues Riesengeschäft der Kapitalisten mit Riesengewinnen sein. Durchwancelt die zehn zerstörten Departements Frankreichs, und ihr habt den erschütternden Beweis dafür vor Augen.

Nach drei Jahren des Wiederaufbaues durch Kapitalisten häufen dort ungezählte Werkstätten in elenden Baracken und ehemaligen Kriegsunterständen, frieren, hungern, ohne Mittel einer menschenwürdigen Existenz. Was und wie aufgebaut worden ist, das diktiert einzig und allein die Profitlust der ausbeutenden Kapitalistencliquen.

Solange diese Cliquen in der Wirtschaft und im Staat herrschen, können auch alle gutgemeinten Versuche scheitern, durch Zwischengliederungen, durch brüderliches Zusammenwirken der Arbeiter, Angestellten Frankreichs und Deutschlands wieder aufzubauen, was der verwerfliche Krieg zerstört hat. Das ausbeutende Kapital duldet nichts, was seinen Profit schmälert. Erst wenn seine Macht in der Wirtschaft und im Staate gebrochen ist, werden die Schaffenden diesseits und jenseits des Rheins in brüderlicher, schöpferischer Arbeit den Wiederaufbau großen Stils in die Hand nehmen können. Sie werden mit harter Faust den verhängnisvollen Versäcker Friedenspakt der kapitalistischen Regierungen zerreißen, und durch einen Freundschafts- und Brüdervertrag ersetzen.

Aber noch hat weder das schaffende Volk in Deutschland, noch in Frankreich die Staatsgewalt erobert. Noch bestimmen seine Ausbeuter und Unterdrücker über die Wiedergutmachung und den Wiederaufbau. Und es darf mit in den Schoß gelegten Händen zusehen, daß die Opfer der Kriegsschäden und Kriegsverbrechen weiterhin dem schwarzen Elend und dem Hunger mit ihrer Not ausgeliefert werden.

Männer und Frauen des schaffenden Volkes, in Deutschland und in Frankreich!

Den Kriegsgewinnlern beider Länder die zermalmenden Lasten und Folgen des Krieges!

Wir rufen euch auf, das Recht der Opfer des kapitalistischen Rieserverbrechens, euer eigenes Recht auf Brot und menschenwürdiges Dasein gegen den unerfälllichen Gold- und Machtgier der Besitzenden zu verteidigen. Die Reparationsfrage darf nicht von euren Feinden in Wirtschaft und Staat, sie muß von euch selbst gelöst werden.

Entlastung der breiten Massen der Schaffenden, Befreiung des Volkes, das sei in dieser Stunde euer gemeinsamer Schlachtruf.

Schaffende Frankreichs und Deutschlands in Stadt und Land!

Die Schwierigkeit der Wiedergutmachung und des Wiederaufbaues wird ungeheuerlich gesteigert, weil der Weltkrieg mehr verwüdet und zerstört hat, als zehn der blühendsten französischen Departements. Er hat mit seinen Auswirkungen die kapitalistische Wirtschaft der ganzen Welt in ein wüstes Chaos verwandelt.

Alle nationalen und internationalen Konferenzen bürgerlicher Industrie- und Finanzherrschaft, bürgerlicher Gelehrten und Staatsmänner tragen neues Völkermorden im Schoße und unerhörteste Ausplünderung und Verflaoung der werktätigen Massen dazu.

Die bevorstehende Wirtschaftskonferenz in Genua wird, wie ihre Vorgängerinnen, nur die Akten der Ministerien und die Hoffnungen sozialer Toren vermehren. Sie soll den Weltkapitalismus der Gesundung entgegenführen und ihn erhalten, indem sie ihm Sowjetrußland zur Auswucherung ausliefert und die Kapitalisten Deutschlands dann als die Fronböcke der Entente-Imperialisten mit dieser Auswucherung betraut. Dieser Plan wird an der politischen Macht der Arbeiter und Bauern in Sowjetrußland scheitern. Der einzige Proletariatsstaat wird sich gegen die Diplomatie und die Kapitalherrschaft zu verteidigen wissen, wie er sich siegreich gegen die Heere der Weißgardisten behauptet hat.

Werktätige Männer und Frauen in Deutschland und Frankreich!

Wiederaufbau der Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage oder auf sozialistischer, kommunistischer, das ist die große weltgeschichtliche Frage, um die es jetzt geht. Die Entscheidung darüber bestimmt das Geschick der Schaffenden überall, das Geschick der Menschheit. In dem begonnenen Entscheidungskampfe müssen die Ausbeuter und Unterdrücker in Deutschland und Frankreich zusammenstehen, in brüderlicher Solidarität untereinander mit dem heldenmütigen Proletariat Sowjetrußlands, mit dem Volk der Arbeit aller Länder.

Vorwärts in den Kampf, in dem euch das Banner der 3. Internationale voranweht!

Vorwärts den Blick gerichtet auf die Eroberung der politischen Macht, auf die Ueberwindung des Kapitalismus, auf die Weltrevolution!

Die Weltrevolution wird das Weltgericht des Kapitalismus sein und die Bürgschaft des Weltfriedens!

Ihr müßt eure ganze Kraft daraufsetzen, daß die werktätigen Massen in den zerstörten Gebieten in ihrer verzweifeltsten Notlage endlich Hilfe bekommen.

Wie kann das geschehen?

Die Deutschen können nicht zahlen, wie dem Volk in Frankreich vorgegaukelt worden ist. Lloyd George, der englische Ministerpräsident hat erklärt: Es ist nicht möglich, die festgesetzten Riesensummen aus Deutschland herauszuholen. Der Vorsitzende der englischen Bank hat hinzugefügt: Das Deutsche Reich ist angesichts der ihm auferlegten Reparationsbedingungen kreditunfähig. Die deutsche Reichsregierung selbst hat den Bankrott eingestanden, indem sie ihre Unfähigkeit erklärte, die ganze Summe der am 15. Januar fälligen Goldmilliarden zu zahlen.

Jedoch wie, wenn Poincaré mit der eisernen Faust militärischer Maßnahmen das Deutsche Reich am Tragen der verträumt festgelegten Goldmilliarden herbeizwänge? Dem schaffenden Volke Frankreichs erwachsen dadurch nur bitterste Sorgen und härteste Entbehrungen. Das Deutsche Reich kann nicht mit seinen schmutzigen Papierfetzen die Reparationschulden zahlen. Es muß hochwertige Warenten kaufen. Die Spekulanten und Wucherer bemächtigen sich des Geschäfts. International gerät der Geldverkehr in die größte Unordnung. Wie der Wert der Mark, so sinkt der Wert des Francs.

Die Teuerungspreise des Lebensbedarfs steigen zu Wucherpreisen.

Doch nicht genug damit.

In der deutschen Republik herrschen die ungekrönten Könige der Schwerindustrie, der Banken, zusammen mit den Junkern. Die Reparationssummen werden nicht aus den Kassenchränken der Reichen geholt. Das Reich nimmt sie durch Steuern und Abgaben auf den Verbrauch und Vertrieb, durch Lohn- und Gehaltsabzug aus dem leichten Portemonnaie der Schaffenden. Für Deutschlands Wucherer, dabei niedrigste Löhne und Gehälter. Der japanische Kuli empfängt doppelt soviel Lohn wie der deutsche Proletarier. Für das Ausland schleudert eise der deutschen Waren. Diese Preise sind Kanonentouren, die die stärksten Bollmauern zertrümmern.

Deutsche Waren kommen wie nach England und den Vereinigten Staaten auch nach Frankreich und machen der heimischen Industrie den Boden streitig. Die Hungerlöhne und Hungergehälter der deutschen Arbeiter brücken den Verdienst der Arbeiter, Angestellten und Beamten auch in Frankreich immer niedriger. Die Schmutzkonkurrenz der deutschen Waren schlägt Zehntausenden und Zehntausenden Schaffender in Frankreich Beschäftigung und Brot aus der Hand.

Männer und Frauen des schaffenden Volkes in Frankreich und Deutschland!

Was die Besitzenden und Herrschenden Wiedergutmachung der Kriegssübel nennen, bedeutet die Verewigung und Verschärfung dieser Uebel für euch. Wehrt euch dagegen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands — Die Kommunistische Partei Frankreichs

Der Auffassung dieses gemeinsamen Manifestes und einer Vereinbarung ihrer Vertreter entsprechend, rufen die Kommunistische Partei Frankreichs und die Kommunistische Partei Deutschlands die Männer und Frauen des schaffenden Volkes auf, für nachstehende Forderungen zu kämpfen:

In Deutschland:

- Für die Abschaffung aller Steuern und Abgaben auf den Verbrauch und Verkehr.
- Für die 10 Forderungen des ADGB und insbesondere für die Hauptforderung: Erfassung der Sachwerte.
- Für die Kontrolle der Produktion und Preise, für Kontrolle der Steuereinnahme und Steuerverwendung durch freigewählte Vertreter der Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern.
- Für die Annulierung der Kriegsanleihe mit Ausnahme der kleinen Beträge.
- Für die Konfiszierung der Vermögen der vor 1918 regierenden Dynastien wie der Kriegsverbrecher.
- Gegen die Auslieferung öffentlicher Betriebe an die Privatindustrie.
- Gegen die Einheitskoalition.
- Für die Entwaffnung aller Organisationen des sogenannten Selbstschutzes.
- Für die sozialistische Arbeiterregierung.

In Frankreich:

- Für die Abschaffung der indirekten Steuern und Abgaben.
- Für die Erfassung der Sachwerte.
- Für die Annulierung der inneren Kriegsschulden mit Schonung der Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Schichten.
- Gegen jedes direkte oder indirekte (ringierte) der französischen Regierung zur Unterstützung der Abstinenz der herrschenden Klassen in Deutschland die Reparationslasten von sich abzuwälzen u. d. schaffenden Volk aufzubau den.
- Für Auflösung aller auswärtigen Militärmissionen, die Frankreich unterhält.
- Für die Beilegung der Konventionen an die östlichen Vasallenstaaten.
- Für die Auflösung der Kolonialtruppen.
- Für die Einstellung der Rüstungen zu Wasser, zu Land und in der Luft.
- Für die Beseitigung der Besatzung in den besetzten deutschen Gebieten.
- Für das Aufgeben der Kriegshetze gegen Sowjetrußland.
- Für die Aenderung bzw. Aufhebung des Versailler Friedensvertrages.

Nach der Tagung des Zentralausschusses. Freie Bahn!

P. M. Wer aufmerksam den Verhandlungen des Zentralausschusses der Partei, der am 22. und 23. d. Mts. in Berlin getagt hat, gefolgt ist, der war nach den so heftigen Angriffen der Friesland-Gruppe auf die Zentrale der Partei und ihre Politik gewiß sehr erstaunt, aus nächster Nähe zu erkennen, wie künstlich im Grunde genommen sich Friesland, Brasch und Franken oppositionelle Angriffspunkte an der Partei erst konstruieren mußten. Von der Märzaktion an sich war kaum noch die Rede, der Rücktritt der Zentrale wurde überhaupt nicht erst erörtert, konkrete Fehler der Parteileitung und präzise formulierte Anschuldigungen der Friesland-Gruppe gegen sie wurden nicht genannt.

Was Friesland und Brasch als Korreferenten vorzubringen hatten, war außer plastischen Selbstverständlichkeiten doch nur ein Versuch, das zu verdecken und zu umschreiben, was sie bereits vor dem Zentralausschuß gleich zwei veranlaßt hat, mit der U.S.P. in Fühlung zu treten. Es war geradezu augenfällig, wie ängstlich es die Oppositionellen vermied, auf die jegliche politische Linie der Partei einzugehen, und ebenso, wie geküßelt sie schon dem bloßen Namen U.S.P. aus dem Wege gingen, obwohl man sie wiederholt durch Zwischenrufe zur Stellungnahme gegenüber den Hilferding und Genossen aufforderte.

Es lag für jeden klar auf der Hand: Die heute von der Partei praktisch betriebene Politik gab zu wenig eine Angriffslinie für die Brasch und Genossen ab, als daß sie überzeugend und wirkungsvoll hätten vor den Mitgliedern des Zentralausschusses die Parteileitung angreifen können. Andererseits hatten die Teilnehmer an der Tagung ein zu feines Ohr für den opportunistischen Grundton der oppositionellen Reden, als daß sie sich hätten täuschen lassen über das Unausgesprochene, was Friesland, Brasch und Franken mit der U.S.P. schon im Vorans verhandelt. Dazu haben die Oppositionellen zu künstlich und zu schroff Schranken zwischen sich und der Partei aufgerichtet, während sie ganz offensichtlich in zartester Rücksichtnahme den Weg nach rechts zu ebnen suchten. Es wirkte geradezu aufreizend, mit welcher ausgeführten Deftigkeit und Verantwortungsllosigkeit sie an der Partei herumorgelten, ohne irgend welche positive Unterlagen ihrer Anschuldigungen zu haben. Man mußte sich immer wieder fragen, sind das bisher politisch verantwortliche Führer gewesen, die so gegen ihre eigene Partei wüten? Haben sie wirklich ehrlich alle ihre Handlungen unternommen, um der Partei zu helfen? Oder mußte die Partei nur dazu herhalten, um durch das Vorhauhen auf künstlich konstruierte Fehler der K.P.D. — die der Märzaktion fast längst von der Partei zugegeben — ihre eigene Rückwärtsentwicklung zu verdecken?

Das wird kein Arbeiter verstehen, daß man zwar die Wichtigkeit der in den letzten Parteibeschlüssen zu Tage getretenen politischen Linie der Partei feststellt, gleichzeitig aber mit der Geißel der K.P.D. in der leichtmütigsten Weise spielt, nur weil gewisse Personen in den zentralen Körperschaften angeblich nicht die Gewähr dafür bieten, daß diese allgemein anerkannten Beschlüsse wirklich durchgeführt werden. Denn jedes Parteimitglied weiß, daß die Zentrale nicht verantwortlich ist vor einigen Personen, die sich das Amt von nachherig zu respektierenden Finanzwächtern aumaßen, sondern vor der Gesamtheit der Partei. Solange die von der Mehrheit der Partei gewählte Zentrale sich nicht verstoßt gegen die Parteibeschlüsse eines Parteitages oder eines Zentralausschusses und solange also die Partei keine Ursache hat, die politische Zuverlässigkeit einer Zentrale in Frage zu stellen — und der Brasch und Genossen ist es nicht gelungen, zu beweisen, daß die heutige Zentrale in der praktischen politischen Ausübung von den selbst im November sich entsetzt haben — solange bleibt es eine Störung der positiven Parteiarbeit, wenn trotzdem immer wieder gegen die zentrale Körperschaft der Partei gewütet wird. Das ist nicht mehr Disziplinlosigkeit, sondern das ist bereits Desorganisation.

Es schmerzt auch immer die Liquidation der Friesland-Gruppe auf die Organisation wirken, so sehr sie Kaputt gehen möge revolutionärsverdrossenen Elementen, lebensgefährlich ist die Operation für die Partei wirklich nicht gewesen. Wir dürfen wohl im Gegenteil der Hoffnung Ausdruck geben, daß die politischen Beschlüsse des Zentralausschusses aus einerseits bewahren vor einer parteipolitischen Revolution, sondern auch daß andererseits die Abstimmung der Friesland-Gruppe von der Partei aus die Klippe des Opportunismus her ausschließen lassen. Wir sind, und hieret Stelle festzuhalten, daß die politische Linie der Partei nicht nur noch der Liquidation aller inneren Parteistreitigkeiten es zuzuschreiben werden, sondern daß die Linie der Zusammenarbeit, der Sachvernehmung, der Arbeiterregierung zu verfolgen, ohne nachteilige Auswirkungen zu verursachen zu überbringen.

Wenn aber von diesem Gesichtspunkt aus die Friesland-Gruppe ganz demnach aussieht, als sei nur eine Gruppe von Offizieren ohne Parteistimmen vorhanden gewesen, so sollten wir doch ehrtlich genug sein und trotzdem gewisse Schritte der unorganisierten Operation beizutreten uns angehen, um sie dadurch um so leichter wegzunehmen zu können. Diese Schritte liegen gewiß nicht im Organisatorischen, was dann, daß eine wirklich ernsthafte Spaltung der K.P.D. evitieren könnte. Aber sie liegen da, wo das innere Leben der Partei beginnt. Es wäre ein großer Fehler, wenn aus der Hinsicht der Friesland und Genossen die Desorganisationsvergangen würde. Selbstverständlich ist hier nur eine Diskussion gemeint, die innerhalb der Partei stattfindet, die nicht neben den notwendigen Parteiführern gewaltigen zu überbringen.

Entwicklung der gesamten Partei. In der Tat sind die Probleme der Einheitsfront, der Reparationen, der Sachverwertung, der Arbeiterregierung, der Gläubigerentscheidung gegenüber „sozialistischen“ Regierungen usw. so schwierig und können sich, da sie nur Teile eines Entwicklungsprozesses sind, nach dieser oder jener Richtung hin so schnell ändern, daß hier eine allgemeine Uniformierung — z. B. der Parteipresse — unter dem Stichwort Disziplin leicht Schaden anrichten kann. Diese Probleme müssen und sollen ausgiebig erörtert werden. Sie können nicht in ihrer Lösung von vornherein als reife Frucht vom Baum der Erkenntnis einer — und wenn auch der besten — zentralen Körperschaft fallen, sondern müssen ihre Lösung finden in der Form eines Gesamtproduktes aus den politischen Erfahrungen und der praktischen Tätigkeit aller Parteimitglieder.

Genau haben wir durch die deutlich genug fixierten Beschlüsse der letzten beiden Tagungen des Zentralausschusses Garantien in der Hand, wonach die politische Linie der Partei von dem realen, entwicklungsgeschichtlichen Weg zu den Massen nicht abirren soll, aber — völlig ungewollt, vielleicht — wird ein linker Flügel der Partei (Ruth Fischer) in dem Moment gefährdet, wo zu weit nach rechts gerückte Elemente aus der Partei ausscheiden müssen. Wenn wir energisch genug waren gegenüber den Friesland und Brasch, haben wir auf der anderen Seite ohne weiteres die Verpflichtung, uns durch eine Maslow-Gruppe nicht von dem Weg, der mitten zwischen den bei der Klippe des Putschismus und des Reformismus hindurch zur Revolutionierung der Massen führt, etwa zu weit an die putschistische Klippe treiben zu lassen.

Die Verantwortung für die gesunde Entwicklung der Partei liegt auf den Schultern der Gesamtmitgliedschaft. Diese Entwicklung ist heute mehr denn je eine Frage der praktischen Politik, denn nicht durch bloße theoretische Haarspaltereien, so notwendig auch an sich eine theoretische Durchdringung der praktischen Parteiarbeit ist, sondern vor allem durch die Erfassung der Massen in den Betrieben, in den Gewerkschaften werden alle politischen akuten Probleme gelöst werden müssen.

In diesem Sinne trägt jeder einzelne Parteigenosse eine um so höhere Verantwortung gegenüber seiner Partei, je tätiger er als Kommunist unter der Arbeiterenschaft sein wird. Und hier ist der Weg, der am sichersten herausführt aus der Sackgasse aller Parteidifferenzen.

Politische Uebersicht.

Die deutsche Note an die Reparations-Kommission.
Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission eine Note überreicht, in der im einzelnen klargestellt wird, welche Maßnahmen die kapitalistische Regierung ergreift, um den Forderungen der Entente gerecht zu werden. Die Note betont, daß die außerordentlichen Ausgaben durch Anleihen gedeckt werden sollen. Die Berechnung der Einnahmen ist und wird durch schärfste Besteuerung herbeigeführt. Obwohl die Entente anerkennt, daß die Besteuerung des Vermögens die Grenze erreicht hat, (welch edle Seelen d. Reich.) müßte die Substanz des Vermögens angegriffen werden. Diese Besitzbeschlüsse bewirkt eine vermehrte Verschwendung des Verbrauches (siehe richtig!) Kohlensteuer, Umfassener, Einführung der Goldzölle garantierte indirekte Steuern, die denen der Entente gleichstehen.

Das Bankgeheimnis ist aufgehoben. Kapitalflucht wird energisch bekämpft (!) Verschobene Vermögenswerte sollen mit Hilfe der ausländischen Regierung erfaßt werden. Posttarife sind um das 27fache, Personen- und Gütertarife um das 20- bis 32fache erhöht. Die Zuschüsse zu den Lebensmitteln werden 1922 ganz abgebrochen. Brot wird am 15. Februar 75% teurer. Die Erwerbslosenunterstützung wird 1922 nicht mehr durch öffentliche Mittel, sondern durch Arbeiter und Arbeitnehmer aufgebracht (der Unternehmer wird seinen Teil „ausfragen“). Die Verwaltungsstellen bei Post und Eisenbahn werden gewaltig verringert (keine Lohnserhöhung, Tarifserhöhung — 15-Stundenweg — Arbeitsvermehrungen).

Die Auflegung einer Zwangsanleihe, die beschlossene Sache sei, aber nicht wiederholt werden könne, solle die Regierung in Hand legen, die Reparationsleistung für 1922, ohne die Notenpresse zu sehr zu belasten, zu erfüllen.

Zum Schluß verlangt die Note, um die Kreditwürdigkeit Deutschlands zu heben, durch internationale Zusammenwürfen eine große Reparationsanleihe.

Wir haben schon eingehend auf die Auswirkung der neuen Steuererschöpfung und die „Belastung des Vermögens“ durch die Zwangsanleihe hingewiesen. Wir werden morgen noch näher auf die Note eingehen.

Manövrierbestrebungen von Oesterreich nach Polen und Rumänien.

Die österreichischen Sozialdemokraten dulden das. Wir unser Wiener Rechtsblatt, die „Note Fisher“, selbst, werden fortwährend ungeheure Mengen von Manövrier in Oesterreich fertiggestellt und unter Ausnutzung der niedrigen Anwartschaft mit Rücksichtnahme an Jagoslawien und die Uchschelomski verkauft.

Am 18. d. Mts. sind von Wien 10 Waggons mit Manövrier (10 Zentimeter) nach Lemberg abgegangen.

Am denselben Tage sind 8 Waggons mit 15-Zentimeter-Geleisen nach Ujezsg abgegangen.

Am 6. d. Mts. sind 19 Waggons mit montierten Manövrieren in die Uchschelomski abgegangen.

Es ist höchstwahrscheinlich, daß diese Waggons nach Polen und Rumänien weitergehen, um für neue wirtschaftliche Abenteuer gegen Sowjetrußland verwendet zu werden. Jedenfalls werden sie an entsprechenden Regierungen geliefert, die, wie die jago-slawische, Lande von Arbeitern erobert haben und das Proletariat mit dem hartnäckigen Terror niederhalten werden. Es ist eine Schande für den internationalen Sozialismus, daß die österreichische Sozialdemokratie, gegen

deren Willen sich keine Regierung auch nur einen Tag in Wien halten kann, die Herabsetzung, Abfindung und Förderung von Waggons duldet.

Wie die französischen Kommunisten gegen die Aristokratien arbeiten.

Vor etwa 14 Tagen wollte Frankreich Militärarbeit nach Polen verfrachten. Diese Verfrachtung wurde durch die Aktion der kommunistischen Gewerkschaftler vereitelt, die die Regierung beschloß, die Nachricht von diesen revolutionären Manövern nicht zu verbreiten. Die Brüsseler „Gazette“ stellt jetzt diese Tatsache fest.

Die U.S.P. mit Wirth für Stinnes.

Die Ablehnung des Mißtrauensvotums gegen die Regierung des Steuerratbesetztes zeigte im Reichstage die Unabhängigen in einheitlicher Front mit den Sozialdemokraten und den übrigen rechtsstehenden Parteien. Die Hilferding und Breitscheid glaubten eine besonders schlaue Politik zu treiben, wenn sie eine Entscheidung des durchaus eindeutig vorgehenden Reichstages für sich vornehmen. Sie gehen mit ihm als Außenpolitiker durch die Hände des Entente-kapitalismus, während sie seine Innenpolitik mit einigen kritischen Redenarten zu verbrämen suchen. Auch die würde das Hilferdinge der Berliner „Freiheit“ gern die Trabant des Reiches spielen, wenn sich nicht eine bedenkliche Opposition in der unabhängigen und teilweise sogar in der sozialdemokratischen Provinzpresse gegen das Steuerkompromiß bemerkbar gemacht hätte. So kritisierte denn Breitscheid das Steuerkompromiß und suchte eine Grenze zu ziehen zwischen der U.S.P. einerseits und der Deutschen Volkspartei andererseits, deren Verlobung und Heirat ihm in der die Grenzen der Koalitionspolitik hinauszuweisen scheint. In Wirklichkeit aber entwickelt sich die Politik im Innern zwangsläufig aus der Wirth-Rathenaucher Erfüllungspolitik gegenüber den kapitalistischen Entente-mächten. Die Hilferding und Breitscheid nebst ihrem politisch-parlamentarischen Gefolge sind nicht bumm genaug, um diesen ursächlichen Zusammenhang nicht selbst einzusehen. Aber die Öffentlichkeit soll getäuscht und der Schein der innerpolitischen Opposition gewahrt werden. Es ist keineswegs eine lediglich kommunistische Erkenntnis, wenn man bemerkt, daß die Außenpolitik Wirths ein getreues Spiegelbild in der durch die Stinnesdirektiven gekennzeichneten antiproletarischen Koalitionspolitik findet. Die Unabhängigen, die die Preisfester der Wirth-Rathenaucher Erfüllungspolitik vor und nach Cannes waren, leisten der Gesamtpolitik des weltkapitalistischen Wiederaufbaues, des Steuerratbesetztes und der gegenrevolutionären Entwicklung durch Wirths direkte und indirekte Unterstützung freiwillige und ungewollte Hilfsdienste.

Wenn die Unabhängigen bei der Abstimmung über das von den Kommunisten im Reichstage eingebrachte Mißtrauensvotum sich enthalten, so haben sie damit deutlich genug dem Kabinett Wirth hinterherum, wie es diese Partei her schwächlichen Helfen liebt, das Vertrauen ausgesprochen. Nur in diesem Sinne kann man die Bemerkung der „Freiheit“ auslegen, daß es keiner Unterstreichung mehr durch die Abstimmung bedürftig hätte. Die Unabhängigen werden dem Reichstages bei seinem Galopp nach rechts auch weiter die Steigbügel halten, wenn die Deutsche Volkspartei nach ihrem unvermeidlichen Eintritt in diese Regierung die bereits drohend erhobene Reitpeitsche schwingen wird. Die Deutsche Volkspartei wird sich nicht mit dem steuerlich wichtigsten Reichsfinanzministerposten und zwei anderen ihnen angebotenen Ministerstellen zu begnügen, sondern wird sich in der U.S.P. das Reichsbetriebsbetriebe begnügen. Es wird ein Mitt gegen das Proletariat auf Leben und Sterben. Das Proletariat und mit ihm natürlich die Massenbewußten Anhänger aller Arbeiterparteien, werden dem Einfluß auf anderem Boden als auf dem parlamentarischen Parzellplatz der unabhängigen Fraktion auszufächeln haben. Die wirtschaftlichen und weltpolitischen Weiterzügen finden Stützpunkt!

Am Mittwoch Eisenbahnerstreik?

Zu der Meldung einer bürgerlichen Korrespondenz, daß die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner in einer Mitteilung an die Interalliierte Rheinlandkommission für Montag zum Streik aufrufen wolle, hat sich nicht bestätigt, wird auch von der Reichsgewerkschaft in Abrede gestellt. Am Mittwoch tritt in Berlin der erweiterte Vorstand zusammen, der aller Wahrscheinlichkeit nach zum Streik aufrufen wird.

Internationale Kundgebung der K. P.

Die am Sonntag im Berliner Sportpalast veranstaltete Kundgebung war eine mächtige Demonstration gegen den internationalen Kapitalismus. Neben Clara Zetkin, sprachen Genossen aus England, Polen, der Tschecho-Slowakei, den Balkanstaaten und der Bretagne der K. P., Frankreichs, Genosse Marcel Cachin. Genosse Cachin sprach über die Lösung der Reparationsfrage vom proletarischen Standpunkt, über den französischen Militarismus und schloß mit einem Hoch auf die gemeinsame Aktion des französischen und deutschen Proletariats. (Siehe auch den Aufruf auf der ersten Seite.) Eine fünfminütige, minutenlangem Beifall der Nebenversammlung folgte der Rede Cachins. Nachdem Genosse Hedert für die K. P. gesprochen hatte, wurde eine Resolution angenommen, in der gefordert wird: Freilassung aller politischen Gefangenen, Freilassung der verhafteten spanischen Genossen, sowie die Auflösung der Abtl. 1 a des Polizeipräsidiums (Spiegelzentrale des sozialdemokratischen Polizeipräsidiums).

Wirtschaftliche Uebersicht.

Dem Abgrund entgegen.

In den letzten Tagen jankte die österreichische Regierung einen verzweifelten Appell an die Entente mit der dringenden Bitte, ihr sofort in ausreichendem Maße zu Hilfe zu eilen, weil sie sonst die Verantwortung für die Folgen ablehnen müsse. Dieser Aufruf wurde unter dem Druck der immer steigenden Empörung der österreichischen Arbeiterchaft, die aus Eade ihrer Schuld gelangt ist, verpaßt. Und in der Tat, es wundert einen, wie die österreichischen Arbeiter es bis jetzt in der Hölle, die sich Oesterreich nennt, ausgehalten haben. Gerade die letzten Wochen haben eine bezerrigte Verschärfung der Lage gebracht, daß man von einem vollständigen Zusammenbruch sprechen kann. Die Preisbewegungen für Dezember 1921 erreichte fast 60000 (Juli 1914 — 100). Im Oktober war sie 20500, im November rund 25000. In dem einen Monat haben sich also die Preise sämtlicher Waren mehr als verdoppelt. Mit ähnlicher Geschwindigkeit ist der Rohstoffmarkt gestiegen. Er betrug:

am 31. Dezember 1920	30,6 Milliarden Kr.
am 30. Juni 1921	49,6 Milliarden Kr.
am 31. Oktober 1921	90,9 Milliarden Kr.
am 31. Dezember 1921	174,1 Milliarden Kr.

Zu der letzten Dezemberwoche allein wurden 13,9 Milliarden Kronen gebraucht.

Wenn Oesterreich nicht schon voriges Jahr zusammengebrochen ist, so verdankt es dies der Scheinblüte seiner Industrie, die unter dem Schutze der niedrigen Rohstoffe für den Export arbeiten konnte und die Arbeiter wenigstens vorübergehend ihr Leben friden konnten. Dennoch behagte die Zerstückung des österreichischen Wirtschaftsbereiches und die Abnutzung während der Kriegsjahre eine geringe Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten. So wurde 1920 bloß 38 Prozent der normalen Produktion erzeugt. Selbst 1921, zur Zeit der Hochkonjunktur, wurde nicht mehr als 60 Prozent erzeugt. Mit dem letzten Sturz der Krone zeigte aber eine bevorstehende Krisenbewegung der Preise ein, daß sie sich dem Weltmarktwert in viel größerem Maße näherte, als es in Deutschland der Fall ist. Dadurch sinkt die Konkurrenzfähigkeit der

Österreichischen Industrie, und die Aufträge aus dem Auslande...
Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß man in Österreich allgemein den Ausbruch der Empörung seitens der Arbeiterklasse befürchtet.

Aus der russischen Wirtschaft.

Die russische Regierung geht mit großer Energie an den Wiederaufbau des Wirtschaftslivens heran. Nachdem der freie Verkehr wieder eingeführt worden ist, sucht man jetzt, wie der Stenographische Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ erfährt, einen Plan aufzustellen, wodurch die ausländischen Anleihen eine solche Garantie erhalten sollen.

Ein weiterer Schritt zur Stabilisierung der Verhältnisse ist der Beschluß des Rates der Volkskommissare, daß in Zukunft sämtliche Steuern, sowohl staatliche als lokale Charakters, in Fortsetzung zu berechnen sind.

Im Zusammenhang damit sei auf einen Artikel der amerikanischen Zeitschrift „The Nation“ vom 18. Januar 1922 hingewiesen, in dem Herr John D. Sinclair über die Rettungsmöglichkeit Europas schreibt.

Knapp vor der Konferenz von Genua gewinnen diese Säue einer amerikanischen Zeitschrift besonderes Interesse.

Schlesische Rundschau.

Von der Breslauer „Märzaktion“ der SPD.
Es dürfte noch in aller Erinnerung sein, daß die bürgerliche Journaille einen im März stattgefundenen Eisenbahn-Rassenschand in Breslau den Kommunisten in die Schuhe schob.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.
Uebersetzt von Adolf Heß.

Aus diesem Liede klangen keine traurigen Gesänge eines Nachts, die sich unklar nach Raum sehnte, kein herausforderndes Geschrei aufregender Kühnheit, die gleichgültig bereit war, Böses wie Gutes zu verachten.

Die scharfen Worte und die erste Melodie gefielen der Mutter nicht, aber hinter den Worten und der Melodie lag etwas Großes, das Klang und Worte mit seiner Kraft erstickte und das Vorgefühl von etwas dem Schwanken Unfassbaren im Herzen erweckte.

Das Lied wurde leiser als die übrigen gesungen und klang doch stets kräftiger als sie und umwehte die Menschen, wie die Luft an einem Märztage — am ersten Tage des anbrechenden Frühlings.

So, jeden Abend nach der Arbeit saß einer von den Stranden bei Pawel, und sie lasen, schrieben aus Büchern ab, hatten es sehr geschäftig und nahmen sich nicht einmal die Zeit, sich zu waschen.

gab dem bekannten Kriminalkommissar Lyschewitsch Veranlassung, seine kriminalistischen Fähigkeiten und seinen polizeilichen Spürsinn zu entwickeln, und so nahm er die Fahrt nach der Nikolaistraße 49/50 auf.

Die angeblichen Täter standen nun vor dem Breslauer Schwurgericht. Die Verhandlung gestaltete sich sehr dramatisch. Bezeichnend für die heutigen Zustände bei der Polizei war die Aussage eines Kriminalbeamten.

Am 2. Verhandlungstage nahm der Prozeß eine sensationelle Wendung. Als Zeuge trat ein Amtsgerichtsrat auf, der sagte aus, daß ein Untersuchungsgefangener in Gottesberg ein Geständnis abgelegt habe, mit einigen Mitläufern den Eisenbahn-Rassenschand ausgeführt zu haben.

Merkwürdiges von der Schupo.

Nach einer Mitteilung des „Fauerschen Stadtblattes“ wurde die berittene Hundertschaft der in Fauer liegenden Schupo von den großen und kleinen Agrariern der Umgegend kürzlich zu einem Fest geladen.

Es ist ein starkes Stück, was man sich da leistet. In der „demokratischen Republik“ ist es allerdings schon so wie im monarchistischen Deutschland; die Hüter der öffentlichen Ruhe und Ordnung — Polizei, Staatsanwaltschaft usw. — betrachten sich und sind auch die Beschützer des Kapitalisten.

Das Leben wurde hastig und fieberhaft, die Menschen liefen immer geschwinde von einem zum anderen, eilten von einem Buch zum anderen, wie Bienen von Blume zu Blume.

Sonderbare Rechtsprechung.

Eine Freiburger Genossin sendet uns folgenden Artikel: Vorige Woche hatte ich Gelegenheit, den Sitzungen des Schöffengerichts beizuwohnen.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.
Uebersetzt von Adolf Heß.

Wir müssen eine Zeitung haben! sagte Pawel oft. Das Leben wurde hastig und fieberhaft, die Menschen liefen immer geschwinde von einem zum anderen, eilten von einem Buch zum anderen, wie Bienen von Blume zu Blume.

Man spricht schon über uns! sagte Wjessowitsch eines Tages. Wir fallen sicher bald herein. Die Wachtel ist dazu da, daß sie ins Netz gerät! erwiderte der Kleinrusse.

Das kleine Haus an der Grenze der Vorstadt erregte die Aufmerksamkeit der Leute, und seine Wände wurden schon von Dutzenden argwöhnischer Blicke bestrahlt.

58 Jahre alt, anständiges, selbstbewusstes Auftreten, wird beschuldigt, seinen Hausbesitzer, bei dem er mibblert wohnt, beleidigt zu haben.

„Schnelljustig“ bestrafte die bürgerliche Zeitung den zweiten Fall. Ein seit dreiviertel Jahren arbeitsloser Textilarbeiter, nahe am Verhungern, schwindsüchtig, wurde vorgeladet.

Fußballsport und Politik.

Ein Freiburger Genosse macht folgende Ausführungen über den Sport und die Politik.

Die Bedeutung des Fußballsports in der Arbeiterbewegung haben manche Genossen von uns immer noch nicht richtig erkannt. Der Kapitalismus in seiner heutigen Auswirkung ist bestrebt, die Arbeiter für sich einzufangen, um sie von der Schwere der Not und vom Klassenkampfgedanken abzulenken.

Wir wenden uns an die klassenbewußten Arbeitsbrüder in jenem Lager. — Gehörst du zu uns, dann zeige deine Überzeugungstreue auch auf sportlichem Gebiete und komme zu uns, die wir eines Geistes sind.

Eines Tages begegnete Frau Wlassow der Gastwirt Hjegunzew, ein ehrwürdiger Greis, der stets ein schwarzes Seiden Tuch um den roten, weissen Hals und über der Brust eine dicke, lila Plüschweste trug.

Was macht der Sohn? Wollt Ihr ihn nicht verheiraten? Junger Mann in den besten Jahren. Je früher man den Sohn verheiratet, um so besser haben es die Eltern.

Er nahm mantriert mit seiner trümmigen Hand die Mühe ab, schwenkte sie in der Luft und ging fort, die Wirtin rittlos zurücklassend.

Kommunistische Internationale.

Die englischen Kommunisten und die Arbeiterpartei.

Aus London wird gemeldet: Es haben Verhandlungen wegen des Eintritts der Kommunisten in die englische Arbeiterpartei stattgefunden. Eine Kommission von fünf Kommunisten und fünf Mitgliedern der Arbeiterpartei prüft die Bedingungen, unter denen die Aufnahme der Kommunisten erfolgen soll. Die englische Arbeiterpartei ist nämlich keine geschlossene Partei wie die deutsche Sozialdemokratie, sondern ein loser Verband aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der englischen Arbeiterschaft. Auch nach Aufnahme der Kommunisten in die Arbeiterpartei würde die selbständige Organisation der Kommunistischen Partei Englands bestehen bleiben. Die Kommunisten hätten dann aber eine bessere Möglichkeit, innerhalb der breiten Arbeitermassen zu wirken.

Die Moskauer Konferenz zur französischen Arbeiterbewegung.

Nach einem Moskauer Telegramm der Pariser „Humanité“ hat das Präsidium der Exekutive der 3. Internationale auf die Tagesordnung der Februar-Konferenz einen neuen Punkt gesetzt: die Besprechung der Verhältnisse in der französischen proletarischen Bewegung, im besonderen auch die Spaltung der Gewerkschaften. Als Berichterstatter auf der Konferenz sind vorgesehen: Lenin über die Lage in Sowjet-Russland, Zinowjew über die Frage der Einheitsfront, Radek und Humbert-Droz über die kommunistische Front.

Es sind bereits Delegierte aus verschiedenen Ländern eingetroffen.

Kongress der Werktätigen Ostasiens.

Am 22. Januar fand in Moskau die Eröffnung des Kongresses der Werktätigen des Fernen Ostens statt. Etwa 200 Delegierte sind eingetroffen, davon 150 direkt aus Japan, China, Korea, der Mongolei und von den Inseln des stillen Ozeans. 40 Prozent der Delegierten sind Kommunisten, der Rest Anhänger verschiedener sozialistischer und national-revolutionärer Parteien.

Der Kongress eröffnete Snowjew im Namen der Dritten Internationale mit einer Begrüßungsansprache. „Die Führer der Internationale zwei und zweieinhalb greifen uns an“, sagte er, „wir die Massen Ostiens in den Kampf für die soziale Revolution hineinziehen. Es war gerade unser Fehler, daß wir dem ostasiatischen Proletariat zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet haben, doch wird dieses jordan zum Mittelpunkt unserer Arbeit. Die Kolonialfrage ist der Knoten der Weltpolitik und wird daher besonders eifrig von der Dritten Internationale studiert werden.“ Im Namen der japanischen revolutionären Bewegung sprach Kimijama; ferner der Vertreter Koreas, der bekannte chinesische Schriftstellerin Wang, der Vertreter der kommunistischen Partei Indiens, Roy.

Aus der Partei.

Unsere Volkssammlung und die SPD.

in Zellhammer.

Die am 15. Januar im Saalhof „Zur Eisenbahn“ statt gefundene öffentliche Volkssammlung, welche leider nur von 30 Personen besucht war, gibt der Stimmung in Zellhammer einen klaren Ausdruck. Wir können aber feststellen, daß das ganze Gehege erfolglos ist, was beweist am besten der Mitgliederanzahl der Ortsgruppe. Selbst in der schlecht besuchten Versammlung haben wir noch einige Reueanfragen gemacht. Wenn auch der Berichterstatter der SPD in der „Vergewaltigung“ schreibt, die Mitgliederzahl beweist zur Genüge, daß der Kommunismus im Abklaffen begriffen ist und von 106 Mitgliedern ist, dann ist er sehr schlecht orientiert. Die Notlage der Arbeiterschaft, welche von Tag zu Tag immer mehr steigt, wird ihnen nicht zeigen, daß uns nicht die Demokratie aus dieser Lage führt, sondern nur der Kommunismus. Der Berichterstatter hält ein förmliches Fremdengeheimnis aus, daß in der kommunistischen Versammlung nicht mehr als 30 Personen erschienen waren. Wir möchten einmal fragen, warum die SPD keine Volkssammlung einberuft. Wenn ihnen etwas daran läge, die Not der Arbeiter etwas zu lindern, dann wäre es wohl jetzt bald Zeit, die Massen etwas aufzuklären. Wenn der Berichterstatter glaubt, dem Reizenten hat es nicht gefallen, daß sich drei SPD-Genossen zu Wort meldesten, so

irrt er. Dazu ist die freie Aussprache, da bei uns jeder zu Wort kommen kann. Die Aussprache mit den drei SPD-Genossen war nur zu begrüßen, denn auf diese Weise können wir nur zusammenkommen. Wenn aber der Satz geführt werden soll, dann werden auch wir zu partieren wissen. Wenn man Arbeitskollegen, welche Bergwächter und aufrichtige Sozialdemokraten sind, im Besonderen fragt: Du hör mal, was sagst Du denn zu dem gestrigen Separatist der Bergwacht über die Kommunisten?, so sagen fast alle, ach, diesen Scheiß lese ich erst gar nicht mehr. Wir werden uns in unserer Arbeit für das Proletariat trotz dem Gehege der „Bergwacht“ nicht abbringen lassen und weiter die Fahne des Kommunismus hochhalten.

Mitgliederversammlung Ortsgruppe Zellhammer.

Am Sonntag, den 22. Januar, fand unsere erste dies-jährige Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Es wurde der Bericht vom Bezirksparteitag gegeben und der durch die Opposition entstandene Streit diskutiert. Die Genossen unserer Ortsgruppe stellten sich einstimmig hinter die Zentrale, welche das parteischädigende Verhalten der Quertreiber verurteilte und den Ausschluß dieser Aus-Genossen forderte. Unter Punkt Organisatorisches wurde jedem Genossen zur Pflicht gemacht, in der kommenden Herbstwoche rührig zu sein, um recht viel neue Zetungslieferer zu gewinnen. Ferner wurden die Zetungslieferer neu eingeteilt und die Beteiligung an der Produktivgenossenschaft jedem Genossen zur Pflicht gemacht. Beitrittserklärungen wurden abgegeben. Unter verschiedenen wurde beschlossen, das Bild Karl Liebknecht im Saal, im Zusammenhang mit aufhängen zu lassen. Am 19. Februar, abends 6 Uhr, soll eine öffentliche Mitglieder-sammlung stattfinden. Außerdem finden jeden zweiten Mittwoch abends von 7 bis 9 Uhr Gesangsstunden statt. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen. Unter dem Gesang der Internationale wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Note Hilfe.

Es gingen ein: Ortsgruppe Zellhammer (Marken) 50.—, Langwäldersdorf (Lilien) 41.—, Wörlitz (Postkarten) 35.—, Reulitz (Lilien) 25.—, Liegnitz (Postkarten) 16.—, Waldenburg (Lilien) 15.—, Breslau: gesammelt im Verlag durch Gen. Müller 55.—, Gen. Hey 10.—, 2 Genossen ungenannt 20.—, Ungenannt aus Langenb. 8.—, Herr B. 6.—, Gen. Ruppisch 5.—, aus Reichenb. 8.—, Gen. Weile 10.—, aus Reichenb. Gen. Hübe 5.— M.

Genossinnen und Genossen. Sammelt in allen Betrieben für die Familien der politischen Gefangenen. Ubi Solidarität. Gibt für die Note Hilfe! Geldsendungen erbeten an das Postfachkonto Nr. 15 429 Breslau.

Note Hilfe, Bezirkskomitee Schlesien.

Solales.

Was es gibt und was es nicht gibt.

Es gibt:	Aber es gibt:
Kein Speiseöl	Keine Ehre in Massen
Keine Kartoffeln	Kartoffelsprit in Fülle
Keine Gerste	Bier genug
Keinen Zucker	Säpftopf überall
Kein Sattwerden	Hohe Dividenden

Breslau.

Die Hausmeister streiken noch immer

Zu einer am Donnerstag abgehaltenen Streikversammlung wurde über die Streiklage berichtet. Siebzig Hauswirte haben bereits die Forderungen bewilligt und es ist anzunehmen, daß noch mehr folgen. Der Schlichtungsausschuß soll zur Vermittlung angeregt werden. Die Front der Streikenden ist fest. Die Hausmeister werden die Arbeit erst wieder aufnehmen, wenn die Hausbesitzer die bestehenden Forderungen bewilligen.

Durch die harte Kälte werden die Wasserrohre fast mitgenommen. Da durch den Streik der Hausmeister vielfach abend das Wasser nicht abgestellt wird, sind hier und dort Schäden der Wasserleitung hervorgerufen worden. Aber lieber zahlt so ein Hausbesitzer die hohen Reparaturkosten, als die kleine Lohnauf-besserung für die Hausmeister. So ist es auch im Hause Reudorfstraße 61. Die Wasserleitung für die Heizanlage ist eingestürzt, so daß der größte Teil nicht benutzt werden kann. Die Wärmehilfsmittel müssen, die aus hygienischen Gründen sofort gegeben werden, wird ganz erhebliche Kosten verursachen. Jedoch ist es das, was Hauswirte nicht so zu genieren, als die „Küh-heit“ der Hausmeisterin, wegen nicht Sattwerden des Tarifes zu streiken.

Wenn die Hausmeister fest bleiben — und sie haben alle Ursache dazu — werden sie den Nachteil der Hausbesitzer doch noch bringen.

Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Der Breslauer Arbeitsnachweis im Monat Dezember. Die für den Winter erwartete Verschlechterung der Arbeitsmarktlage trat im Dezember bereits in Erscheinung. Auf 100 offene Stellen entfielen 208 Arbeitsuchende (gegen 183 im November) und 84,3 Vermittlungen (gegen 85,4).

Selbstverständlich war die Landwirtschaft nicht sehr ausnahmefähig. Es konnten nur 55 Männer und 16 Frauen untergebracht werden, während es im November 80 bzw. 12 waren. Auch für die Metallindustrie ist die Lage nicht mehr ganz so günstig, wie bisher. Zwar ging die Zahl der Arbeitsuchenden zurück, aber ebenso das Stellenangebot, so daß um 100 offene Stellen 180,8 Bewerbungen einliefen, und 95,9 Vermittlungen getätigt wurden.

Im Nahrungsmittelgewerbe ging das durch die Junker-kampagne im November hochgetriebene Stellenangebot stark zurück. Das bedeutet naturgemäß eine weitgehende Verschlebung in den Bezugslisten. An sich aber gab es im großen und ganzen im Berichtsmonat ebensoviel arbeitslose Bäder und Fleischer wie zuvor. Für die Frauen waren die Unterbringungsbedingungen sehr gering. Von 84 Gemeldeten wurden nur 19 vermittelt, während im November von 106 insgesamt 49 eine Stelle erhielten.

Sehr stark trat die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Bauwesen in Erscheinung, natürlich (1 D. Neub.) unter dem Einfluß der unglücklichen Witterung. Auf das Ende des Monats des November während Stellenangebots entfielen 523,2 Arbeits-suchende (gegenüber 309,4 im November). Die schleunige Durchführung der Notstands-Wohnungsreparaturen, die im Vorjahre so erfolgreich wirkte, ist also auch für dieses Jahr dringend erforderlich.

Selbstverständlich nahm auch die Zahl der ungeleiteten Arbeits-suchenden erheblich zu, wenigstens bei den Männern, während im November die Dinge ausnahmsweise nicht schlecht gelegen hatten. Für Frauen blieb die Lage gleich. Im Handel gab es für männliche Bewerber mehr Arbeitsmöglichkeit als zuvor, nicht aber für weibliche. Auf 100 offene Stellen kamen 302,4 bzw. 186,4 Bewerbungen und 72,5 bzw. 45,6 Vermittlungen. Von 1158 Kriegs-verletzten wurden 82 vermittelt, darunter 53 Schwerverletzte.

Ein interessantes Bild.

Einem seltenen Anblick bieten infolge der abnormen Kälte, gegenwärtig die Wehre unserer Oberarme innerhalb der Stadt. Dort, wo sonst die Wassermassen unter Rauschen und Tosen über die Staufusen flürzen, herrscht jetzt eine unheimliche Stille, da die Wasserfluten zu einer festen Eismasse erstarrt sind. An den Rändern haben die Eismassen groteske Formen angenommen. Unter den Eisblöcken fließt das Wasser zum Teil in steilem Gleich-maß weiter. Auch die Flußrinne des sonst den ganzen Oberarm einnehmenden Strauchwehres am Zoo wird von Stunde zu Stunde immer mehr von gewaltigen Eis- und Schneemassen, die sich dort binnen wenigen Wochen angesammelt haben, eingengt. — Da auch auf den Wehrstufen selbst die Fluten nach und nach zu einer festen Masse zu gefrieren beginnen, so dürfte, wenn die Kälte noch einige Tage anhält, der seltene Fall eintreten, daß auch das Strauchwehr zu Eismassen erstarrt.

Vom Fernsprechtrommel.

Beim hiesigen Fernsprechtrommel ist seit einiger Zeit die Einrichtung getroffen worden, daß sich die Beamten des Fern-ammtes, denen die Entgegennahme der Ferngesprächsanmeldungen sowie der Nachfragen usw. in Angelegenheiten des Fernverkehrs obliegt, nicht mehr bloß mit „Hier Fernamt“ melden, sondern dieser Meldung die Nummer ihres Arbeitsplatzes hinzufügen, zum Beispiel: „Hier Fernamt — Platz 6“. Bei nachträglichen Rückfragen, Gebührenerstatutungen usw. empfiehlt es sich für die Teilnehmer, jedesmal die betreffende Platznummer mitanzugeben, da hierdurch die Ermittlung der beteiligten Beamten ermöglicht und die erforderliche Nachforschung erleichtert wird.

Zusagen der Sozialrentner.

Diejenigen Invaliden- und Altersrentner und Empfänger von Renten aus der Angestellten-Versicherung, denen auf Grund des Reichsgesetzes vom 7. Dezember 1921 Zusatzentgeltungen zustehen, die aber bei dem ersten Aufruf Mitte Januar d. J. noch nicht berücksichtigt worden sind, können diesbezügliche Anträge in der Zeit vom 2. bis 16. Februar stellen. Der Tag, wann und der Ort, wo derartige Anträge entgegengenommen werden, ist aus einer Bekanntmachung des Magistrats (Wohlfahrtsamtes) an den Anschlagtafeln zu ersehen, der eine Zusammenstellung der Empfangsberechtigten nach den Anfangsbuchstaben ihrer Namen von J bis Z und nähere Angaben über die vorzuliegenden Ausweise enthält.

Versammlungs-Kalender.

SPD, Breslau. Heute Dienstag, Sitzung des Distriktskomitees im Parteihaus.

Weiter finden heute folgende Gewerkschaftsversammlungen statt:

1. Eisenbahnerversammlung im Gewerkschaftshaus.
2. D. M.-A. Vertrauensleute im Gewerkschaftshaus.
3. Bauhilfsarbeiter in der Wilhelmshöhe.

Verantwortl. Red.: Otto Wessling, 3019-100, August 11, 1922.
Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prod. Sachsen, m. b. H.
Druck: Pöfel & Saunke, Linnestraße in Breslau.

Schauspielhaus
Schauspielhaus Tel. 2206
Heute 7½ Uhr:
Die Zangspanner
Morgen 7½ Uhr:
Der neue Herr

Liedlich-Theater
täglich 7½ Uhr
Das grüne
JANUAR-
PROGRAMM

**Matthias-Kino**
Matthiasstr. 38
Moltkestr. 9

Erpresser
Harry Hill

Jan
der Steuermann

Die Tragödie eines vornehmen
Lichtlers

aus dem Roman „Ehre und Flut.“

Inserieren bringt Erfolg!

Sieben erschienen!

Almanach

des Verlages der
Kommunistischen Internationale

Mit Beiträgen von: Lenin/Snowjew/Trozkil/
Bucharin / Radek / E. Varga / Rosa Luxemburg / Karl Liebknecht / John Reed / Arthur
Rensome / Upton Sinclair / O. W. Kuusinen /
Gussow / Katoja / Josef Pogony / Artur
Vamer / P. Vamer

330 Seiten
Preis: Broschüre Mk. 45.— / Organisationsausgabe Mk. 18.—
Der ab 1. Jan. 1922 geltende Preis ist eingerechnet

Zu beziehen durch
Verlag Carl Hoym Nachf.
Louis Capbley, Hamburg
Linnestraße 11, 2. Stock

Anzüge, Cutaways, Raglans,
Schlüpfer, gestreifte Hosen,
nach Mess und fertige am Lager, Verarbeitung nach allen
Modellen aus gutem Maßstoff, kosten Sie am besten bei
Verkaufshaus feiner Herren-garderobe
Berthold Schubert, Gartenstrasse 12.

Achtung! Wo?
Sucht man neue und
gebrauchte MOBEL-
stücke ganz Einrich-
tungen am billigsten
und vorzüglichsten?
Bei H. Klinge
August 12, nur 1 Stg.

**Göhlenleder-
Ausjüwilt**
in allen Größen a Stück
preiswert
Martin Tischler,
Colbathstr. 4, Wörlitz

Altmetalle
Löhnter Str. 1
111a, Löhnter Str. 1

Junge Leute
L. v. S. 1922, w. u. k.
v. h. A. 1. R. 1. A. 1. R.
v. h. A. 1. R. 1. A. 1. R.

Proletarier lies!
Für den Sieg über den Welt-
krieg die geliebte Diktatur des
Proletariats!

Die Kommunistische Bucherei
Breslau 5, Gröbachers Str. 45
hat ein reichhaltiges Lager aller
einzelnen proletarischen Literatur

Bücherverzeichnisse kostenlos!

Sind das keine gelben Tendenzen?)

Die Lohnsklaven des Kapitals tragen zwar keine Fesseln, aber es nützt ihnen nichts, zu entlaufen, denn überall, wo sie hinkommen, finden sie die gleiche Herrschaft und die gleichen Herren.

Der Versuch, es davon abzubringen, ist Betrug oder Verrat.

Der deutschen Arbeiterschaft, die durch den Krieg und seine Folgen einer immer stärker in Erscheinung tretenden Ausbeutung, Unterdrückung und Steuerbelastung im Eilzugtempo entgegensteht, erheben neue Propheten.

Viel ernster aber wird die gleiche Tendenz in einer anderen Umhüllung für die Arbeiterschaft, die durch ihre eigene Organisation erzeugt wird.

Auf derselben Erde leben die Menschen in zwei sehr verschiedenen Welten; in einer leitenden und einer Welt der ausführenden Arbeit.

Für den, der zur Führung berufen ist, weil er eine Führer-Natur ist, bedeutet jegliches Gemeinreden in seine Bidne, in seine Arbeit, in seine Gedankenwelt, eine schwere Schädigung, eine Störung, die ihm Kraft raubt und das Werk schwächt, das geboren werden soll.

Nicht also die Not der arbeitenden Volksgenossen, die nichts anderes besitzen als ihre Ware Arbeitstraft einerseits, und die Brunsucht der Kapitalisten, die vermöge der

Herrschaft über die Produktionsmittel andererseits sich leitende Organe beschaffen können, wie es in ihrem Interesse liegt, und diese wiederum wegen wirtschaftlicher Abhängigkeit tun müssen, was jene gebieten, ist nach Striemer das Streikobjekt, das die Welt in zwei feindliche Lager, Ausbeuter und Ausgebeutete, teilt.

Es hat keinen Wert, mit dem Leiter der freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale über Sozialismus und Klassenkampf eine Auseinandersetzung zu pflegen, oder gar auf Karl Marx und seine Schöpfung hinzuweisen.

In letzter Stunde!

Klassengenossen! Wollt ihr dulden, daß die in den 10 Punkten der ADOB. geforderte Erfassung der Sachwerte von den Gewerkschaftsbürokraten und Parteiführern fallen gelassen wird?

Nein! Zwingt den ADOB. und die Parteileitungen zu ihrem eigenen Programm zu stehen!

Schon haben 2 öffentliche Textilarbeiterversammlungen in Langenbielau und 2 Belegschaftsversammlungen der Schief. Kohlen- und Kokswerke in Soitesberg mit aller Entschiedenheit erklärt, an den 10 Punkten der ADOB. festzuhalten.

Nacht's überall nach! Steigert Euren Massenwillen durch sofortige Stellungnahme gegen den Verrat der Arbeiterklasse! Eure Massenaktion allein kann noch in letzter Stunde das Steuertkompromiß mit seiner wachsenden Verelendung für das Proletariat verhindern!

So gefährlich auch immerhin derartige Gedankengänge in einer Zeitung für sozialistische Betriebsräte sein mögen, weil sie das Proletariat verwirren und vom entscheidenden Klassenkampf vorübergehend abzuhalten geeignet sind, so mag doch eines zur Entschuldigung des Herrn Striemer gesagt sein.

Doch lehnen wir zurück und folgen wir weiter der Sonntagspredigt des Dr. Striemer, die jetzt eine solche nicht mehr bleibt, sondern zu einem Verbrechen an der Gewerkschaftsbewegung ausartet.

Die Demokratie in ihrer reinen Form, ohne den Schliff einer demokratischen Kultur, führt zu einem außerordentlichen Verbrauch an Kräften, zu einem Mißbrauch, der mit den Führerschaften getrieben wird, um zu einem überaus starken Verbrauch von Zeit und Kraft zur Verwirklichung des demokratischen Mittelbestimmungswillens.

Umgekehrt aber sollte es nach Striemer sein, um das gespannte Verhältnis von „Leitern“ und „Geleiteten“ zu pflegen. Denn nur auf diese Weise und nicht durch Kampf, läßt sich die Entwicklung zur sozialistischen Ordnung fördern.

Ein Teil unserer Volksgenossen sieht in den verantwortlichen Leitern, die mit ernstestem Willen ihre Kraft daranzusetzen, einen Betrieb wirtschaftlich zu machen, einen Feind der Arbeiterschaft, einen „Antreiber“, der sich auf Kosten der „Arbeiterknochen“ einen Namen machen will.

Umgekehrt aber sollte es nach Striemer sein, um das gespannte Verhältnis von „Leitern“ und „Geleiteten“ zu pflegen. Denn nur auf diese Weise und nicht durch Kampf, läßt sich die Entwicklung zur sozialistischen Ordnung fördern.

Das Verhältnis von Mensch zu Mensch, so sagt Striemer wörtlich, „das eine sozialistische Gesellschaft braucht, ist nicht durch Kampf herzustellen, sondern nur durch Einführung in das für beide Teile Notwendige.“

Im Betriebsrat sieht der Doktor, dem der Weg zur Erringung des Sozialismus ebenso fremd ist, wie dieser und die kapitalistische Welt selbst, einmal den Gendarmen, der die Zahl der gesellschafts- und gemeinschaftserstörenden Elemente und „radikalen Maulhelden“ niederzuhalten hat, und weiterhin den Vermittler zwischen „Führer“ und „Geleiteten.“

Der Betrieb ist unser. Ob er in rechtmäßigem Besitz des privaten Kapitals, oder der Gesellschaft der Kommune, oder des Staates ist, denn ohne die Belegschaft ist der Betrieb kein Betrieb.

Tolstoi in Barabinsk.

Eine Erinnerung aus Sowjet-Rußland von P. Ehrlich.

Im April 1920 hatte ich ein interessantes Erlebnis in Sibirien, über das ich kurz berichten will. Es war kurze Zeit nachdem die rote Armee das ungeheure Sibirien vom Ural bis zum Baikal von der Bestie Kollschak befreit hatte.

Im Auftrage der deutschen Sektion der russischen kommunistischen Partei führen ein Genosse und ich als Delegierte der Ortsgruppe Nowo Nikolajensk nach Omsk, eine Strecke ungefähr so lang wie von Berlin bis Köln, zu einer Konferenz der in Sibirien lebenden ausländischen Kommunisten.

Der Weg zum Sozialismus führe über ein national selbständiges Böhmen. Genau so sprach zu uns 1914 im Gewerkschaftshaus Paul Löbe.

Der große Saal war schon eine Stunde vor Beginn der Vorstellung vollkommen überfüllt. Eingeleitet wurde der Abend mit einem politischen Meeting. Beide Redner sprachen über die gegenwärtige gespannte politische Lage.

Endlose Sibirien — wieder aufzubauen verucht. Die furchtbare wütende Typhusepidemie war unter beispiellos dastehenden Anstrengungen und Opfern zurückgedrängt worden.

Die Stimmung unter den Arbeitern und Bauern Sibiriens gegen die polnischen Hans war eine äußerst erbitterte. In Sibirien kämpften gegen die Bolschewik Korps der Tschecho Slowaken, Polen, Serben, Rumänen, Italiener, Kuzko Karapuzen.

Das ist das selbe Ziel, das der General der gelben Gewerkschaften, Böllus und Figgan-Müller auch verfolgen, nämlich: die Arbeiterchaft wirtschaftsfriedlich einzustellen. Und doch ist ein Unterschied zu sehen, der aber nur günstig für Böllus und Müller spricht. Diese betreiben ihr schändliches Tun durch tatkräftige und offene Unterstützung von Seiten der Kapitalisten, den Urfeinden der Arbeiterchaft, um sie vom Kampfe um bessere Existenzbedingungen und der Befreiung vom Joche des Kapitalismus abzuhalten. ADGW und Ufa bringen es demgegenüber aber heute noch fertig, mit dem selbst aufgebrachtten Gelde der organisierten Arbeiterchaft diese wirtschaftsfriedlichen Tendenzen, die ausgesprochen gebt sind, in die Arbeiterbewegung einzuschmuggeln.

Am 15. Januar erschien besagte Nummer der Betriebsrätezeitung, die ein Schandstück bleiben wird in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte. Wir sahen die Gewerkschaftsjournale, die eine Woche später erschienen, durch, ehe wir dies schrieben, ohne einen Hinweis zu finden, daß auch nur eine Organisation gegen diese offene Verräterei Stellung nimmt. Wenn schon die Spitzen der Verbände diesen Schimpf, der der deutschen Gewerkschaftsbewegung angetan ist, durch Schweigen billigen sollten, so werden es die Arbeiter, ganz gleich, welcher Parteirichtung sie auch immer sind, nicht tun. Sorgt dafür, Genossen, daß alle eure Mitarbeiter erfahren, was ADGW und Ufa unter sozialistischem Phrasenschwanz mit der Arbeiterchaft vorgar. Man will Euch an das Ausbrenntum durch die eigene Organisation ausliefern. Nie unnimmer darf das geschehen, denn die Arbeiter werden erkennen, was die Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie will.

Ob das auch ein Paul Levi, der in der neuesten Nummer „Unser Weg“ keinen Unterschied mehr zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschaftsarbeit sieht, begreifen wird? Auf diese Frage werden wir noch besonders zurückkommen.

Gewerkschafts-Bewegung.

Der „alte Verband“ auf dem Kriegspfade.

Die Bürokratie des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands führt seit längerer Zeit einen eigenartigen Kampf. Nicht daß er sich wendet gegen die dauernden Angriffe auf die Sieben-Stunden-Schicht. Die Bürokraten wendeten sich auch nicht gegen den zurzeit im Reichsrat beratenden Entwurf über die gezielte zulässige Höchst-Arbeitszeit im Steintohlenbergbau unter Tage. Nach dieser Verordnung kann die gezielte Sieben-Stunden-Schicht auf 7 1/2 Stunden verlängert werden.

Anstatt zu kämpfen, daß die Bergarbeiter in sieben Stunden genügend verdienen, anstatt die alte Forderung der Sechs-Stunden-Schicht zu erneuern, mühen sich die Führer des „alten Verbandes“ mit einem „geistigen“ Kampfe ab über folgende Fragen: Alle tätlichen Sozialisten und Unlaubsgeister sollen nur an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen werden. Alle tätlichen Sozialisten und Unlaubsgeister sollen nur an die „Freien, Christen und Firische“. Nicht aber an die Unorganisierten, zu denen nach dem Willen der Quä und Genossen auch die Arbeitsgemeinschaft der Unternehmern nicht anerkennenden Mitglieder der „Union der Hand- und Kopfarbeiter“ gehören.

Dadurch, daß die Unorganisierten vom Unternehmer weniger Lohn bekommen, sollen sie gezwungen werden, sich im Bergarbeiterverband zu organisieren.

Das Beharren des „alten Verbandes“ geht nicht nur dahin, die Unorganisierten in eine Partei zu pressen. Sie wollen auch die „Union“ zwingen, in die Arbeitsgemeinschaft einzutreten.

Sie halten zunächst den Seg, unorganisierte Bergarbeiter durch Einzug rassistischer Vergünstigungen in den Verband zu zwingen, anseht verkehrt. Der Mitgliederstand kann nur behoben werden, indem der Verband den Kampf gegen die Unorganisierten, Streiks und Lohnbewegungen in nächstester Reihe niederzukämpfen. Neue Mitglieder zu gewinnen und die alten an den Verband zu fesseln ist nur möglich, wenn der Verband sich entschieden auf die Seite der Arbeiter, gegen die Grubenbarone stellt. Ja eine Organisation gezwungen, durch niedere Bezahlung am Anstrich verführter Arbeiter zum feindlichen Kampf zu treiben.

Die Bürokraten wollen aber auch jede revolutionäre Kritik an ihrer Arbeit verhindern. Bei es wagt den unehelichen Beamten die Sicht zu bieten, fliegt — nach bekanntem Automatismus weniger Lohn.

ausdrücklich, daß der den Klassen angezwungene Kampf nicht gegen das polnische Volk, sondern gegen dessen Bedrücker, die polnische Schicht und die Pans, geführt werden müsse.

Nach den beiden mit großem Beifall angenommenen Reden folgte die Vorstellung. Bei der Rede des russischen Bauern verließen wir, der muß dieses Stück lesen. Tolstoi zeigt ihm ganz recht mit einem Vorzügen und keinen Fehlern, wie er lacht und flucht. Es ist selbstverständlich, daß dieses Stück einen großen Eindruck auf die Zuhörer machte. Unter keiner Regierung vor der Umwälzung dürfte dieses Stück aufgeführt werden. Karamas hatten die Entschlossenheit dieses Strohmanns, das fast außerhalb der Kultur liegt, ein Theater gesehen. So etwas kam in die Hand der Bolschewisten, nicht nur in der Hand zu verleiern, sondern auch eine neue proletarische Kultur zu erschaffen. Ueberall entstanden kurz nach dem Entlassen der roten Arme, Feldmanns-anstalten der organisierten Arbeiterchaft, die durch Bibliotheken, durch Schulen, durch das Theater, durch Ausübung des Wissens für kulturelle und wissenschaftliche Zwecke. Kunstgenuss kulturen.

Am Schluß der Aufführung sangen alle die Darsteller und die Zuhörer, begeistert das russische „Internationale“, die Internationale. Ich werde den Eindruck dieses Abends nie vergessen. So freudig die russischen Genossen, ihren genauen Dingen, nachdem sie vorher den Trübsinn gelitten hatten, die Solidarität des Weltproletats zum Kampf zu sagen zu Anfang der proletarischen Revolution. Und diese Eindrücke von revolutionärem Kampfwillen und von dem Streben nach kultureller Höheentwicklung unter obersteierischer Schwingen-kultur, unter Hunger, Epidemien, Kriege, unter der Bedröhung und der Anwesenheit der internationalen Herrschaft, dieser groß-schmerzhaften Kampfes, das allein schon nach die russischen Proletaten erregte über die vielen anderen Kämpfe der kulturellen Arbeiterchaft. Es ist ein großes Glück, daß wir diesen Kampf erleben dürfen, der uns heute mit der Bildung der kulturellen Proletaten verbunden ist.

Genau wie die Steuereinzahler würde auch der Verband gehaft werden von seinen Mitgliedern. Die Unternehmer haben dem Verband in seiner Aufnahmungsarbeit bis jetzt Widerstand geleistet. Die „Bergarbeiterzeitung“ schreibt ganz empört: Wir wissen, daß die Unternehmer freiwillig nicht einen Vertrag eingehen werden, sie sagen sich: Wir müßten Geld sein, wenn wir uns unsere schärfste Waffe gegen euch (die Unorganisierten) nehmen lassen. Dies tritt aber die Machtfrage nach und brutal hervor. Wir können diese Machtfrage und werden an ihre Lösung gehen — im Rahmen der Verfassung!

Freilich, dieser Kampfsmut wäre einer besseren Sache wert. Die Lohnverhandlungen sind abgebrochen, weil der Reichsarbeitsminister erkrankt ist — die Kumpels können weiter hungern. Gegen Uebergriffen und Arbeitszeitgesetz wird nichts unternommen.

Ihr Bergarbeiter! Wenn schon eure Führer sich ausblähen wie ein stolzer Hahn und wegen einer Lappalie den Unternehmern Kampf androhen — dann zwingt ich sie, daß dieser Kampf geht für eine durchgreifende Verbesserung eurer Lage!

Niederösterreichischer Knappschäftsverein.

Der niederösterreichische Knappschäftsverein hielt am 23. Januar eine Vorstandssitzung ab, in der die Forderung der Knappschäfts-vorstände den Grundlohn für das Krankengeld auf 80 W. zu erhöhen, abgelehnt wurde. Es kam dann eine Einigung zustande, ab 1. Januar den Grundlohn auf 60 W. festzusetzen. Es sind vorläufig zwölf Lohnstufen festgesetzt. Derjenige Arbeiter, der über 57,50 W. täglich verdient, erhält danach ein Krankengeld von — 40 W.

Da dieses Krankengeld nicht im entferntesten ausreicht, einem kranken Menschen wieder gesund zu machen, — der reguläre Arbeitsverdienst ermöglicht nicht einmal einem gesunden Arbeiter zu leben — wird in der nächsten Generalversammlung am 28. 2. erneut zu dieser Frage Stellung genommen werden.

Neues vom Tage.

Aus der demokratischen Oberrepublik.

Einer rheinischen SPD-Zeitung, der „Volktribüne“, entnehmen wir folgende Notiz, die ein Schlaglicht wirft auf die Zustände im republikanischen Deutschland.

Am Mittwoch Nachmittag gegen 2 Uhr wurde eine Frau in hochschwangerem Zustande in das Gerichtsgefängnis am Sedau-berg eingeliefert. Sie hatte, wie uns berichtet wird, eine vierzehntägige Gefängnisstrafe abzubüßen, von welcher sie bereits 10 Tage in Remise verbißt hatte. In ihrem Zustande, der selbst dem

Bäuer auffallen mußte, wurde die Gebäuerin mit der Eisenbahn nach Barmen geschafft und vom Bahnhof mit dem Gefangenewagen nach der Sebanstraße transportiert. Aus dem Wagen mußte sie von dem Polizeibeamten förmlich getragen werden. In der Nacht gegen vier Uhr wurde die Frau auch in ihrer Gefängniszelle von einem Mädchen entbunden. Eine Behälterin war von dem Kausier herbeigeholt worden, im übrigen aber war im Gefängnis auch nicht das Geringste vorhanden, um der Mutter und dem kleinen Erdenbürger in ihrer schweren Stunde beizustehen. Wenn nicht mittellose Beamte und Anwohner etwas Kinderwäsche und Kleidung hergegeben hätten, so hätte das arme Würmchen nackt und bloß daliegen und erfrieren müssen.

Ein fideles Gefängnis.

Frankfurt a. M. Sagow ist augenblicklich dabei seine fünf Jahre Haft abzuschließen. Daß ihm das nicht schwer fällt, beweist folgender Brief, der er an seine Freunde richtet:

„Wenn ich stehen wollte, so wartete ich die Urteilsverkündung aus sicherem Port, bis den aufzukommen mit 24 Stunden zur Verfügung standen. So war die für meine sofortige Festnahme erforderliche Festschreibungs-Verhandlung eine Eile. Obendrein kostete mich 122 Str.-Pr.-D. die von meinen Freunden aufgebrachte hohe Sicherheitsleistung von 500.000 Mark. Einen Stromer von der Landstraße kann man wohl ohne weiteres einsperren; aber wie kann man einen 56-jährigen Herrn für fünf Jahre aus allem herausziehen, ohne ihm mindestens einige Wochen Zeit zu lassen, seine gesamten finanziellen, häuslichen, wirtschaftlichen Verhältnisse entsprechend umzustellen. Nur Angst vor der Strafe und schreierische Ungerechtigkeit. Die Prozeßkosten werden sicher mein Vermögen überschreiten. Stimmung: forterer aberseis, daher Gesundheit in Ordnung, dazu körperliche Übungen. Anstaltshof natürlich über-Öde. Umgebung: Spartakisten, Kommunisten, Völscheristen.“

Gollnow scheint aber ein lustiges Gefängnis zu sein. Es für einen adligen Hochverräter. Unsere Genossen, die dort sind und waren, können nichts berichten von besonders guter Behandlung oder gar von ausreichender Beschäftigung.

Die Herren Schupo-Offiziere.

Vor Gericht stand dieser Tage ein Genosse wegen öffentlicher Beleidigung der gesamten Schupoangehörigen der Schupo-Kemisch, sowie weiterer Beleidigung von sechs Schupooffizieren und drei tätlichen Beamten. Es erfolgte unter Freisprechung im übrigen die Verurteilung zu 150 W. Gefängnis wegen Beleidigung der Offiziere und Beamten, sie gehörten dem am montenistischen Umsturz hinarbeitenden Offiziersverein an; weil nach der eblischen Aussage eines prominenten Vertreters des Offiziersvereins dieser sich nur mit Lieberlingen, Biertrinken, Staatspielen beschäftigt und dadurch väterländische Gesinnung pfliegte.

Die Stellung der Kommunisten zu dem Steuer-raubzug auf die Taschen der Arbeiter.

Rede des Genossen Koenen zu dem Steuerkompromiß im deutschen Reichstage.

In den letzten Wochen ist Geheimdiplomatie aller-schlimmster Sorte betrieben worden, um den Milliarden-steuerraub an deutschen Volkszustände zu bringen. Mit dem Effekt dieser Diplomatie trat nun der Reichstanzler vor den Reichstag, also vor das deutsche Volk. Obgleich er sich die Rolle eines Siegers zu geben bemüht war, konnte er nicht die Schwäche seiner Regierung verbergen. Die gleiche Schwäche, die allen bisherigen Regierungen eigen war. Diese Schwäche zeigte sich vornehmlich in der Haltung Deutschlands gegenüber Sowjet-Rußland. Und obgleich Dr. Wirth versicherte, daß man in Genua Ruhland gegenüber eine Politik betreiben werde, wie gegen ein freies Land und nicht wie gegen eine Kolonie, so geht uns für diese Politik der Glaube, denn wir selbst gehen ja im Schlepptau Englands nach Genua. Wir werden hierdurch die nur uns dort günstige Gelegenheit ebenso verpassen, wie wir bereits einmal durch unser Nachlassen hinter England eine sehr günstige Situation verдорben haben und zwar in der obersteierischen Angelegenheit. Die deutsche Regierung hatte damals auf England alle Hoffnungen gesetzt und geglaubt, England werde es schon machen. Man hatte die halben und dreiwertel Zuzüge in der Tasche und fiel nachher aus allen Wolken, als England im letzten Augenblick eine in keinem Interesse liegende Schwendung machte und Deutschland im Stich ließ. Hierdurch ermöglichte man dem Erstanten Frankreichs, Polen, die jetzigen Teile Ober-schlesiens zu inkorporieren. Das war eine Niederlage unerer, bis dahin üblichen Außenpolitik, die vor einer Wieder-holung dringend warren muß. Man kann leider der deut-schen Regierung nicht nur dieses Mal jagen: Spät-kommt ihr, doch ihr kommt, sondern es muß auch diesmal wieder festgestellt werden, daß sie jedesmal zu spät kommt. Und so verpaßt sie auch den Anknüpfung bei dem sogenannten russischen Wiederaufbau, wenn sie ihre Politik im Schlepptau Englands macht. Daß sie hierzu gewillt ist, geht aus ihrer Absicht hervor, das von der Entente geplante Aus-schreitungsverbot mitzuziehen. Wir werden deshalb demgegen-über baldige Anerkennung der Sowjetregierung und eine selbständige Politik unerer östlichen Nachbarn gegenüber.

Sie in der anderen Politik, so verpaßt auch Deutsch-land im Januar nur Tagespolitik zu machen. Ein Beweis dafür ist das Steuerkompromiß und die in Aussicht gestellte Zwangsanleihe. Diese Zwangsanleihe bringt zwar eine kleine Kompensation der Entente gegenüber, wirkt aber nicht entlastend, sondern noch mehr als bisher belastend für das deutsche Volk, besonders das Proletariat. Das kann kurz an wenigen Zahlen nachgewiesen werden. Und dieser Nach-weis wird der Beweis sein, daß die Anbringung der Latten, die auf uns gewälzt werden, eine Unmöglichkeit ist. Die Regierung gab selbst zu, daß in diesem Jahre bereits ein neues Defizit von 162 Milliarden vorliegt. Dieses Defizit wird sich jedoch, da sich die Rubensbereinigung erst auszu-wirken beginnt, bis zum Schluß des Staatsjahres auf ca. 200 Milliarden erhöhen. Weiter hat die Regierung beim Reichsrat erklärt, daß auch dem jetzigen Stand des Dollars das nächstjährige Defizit sich auf über 200 Milliarden be-zähren würde. Bedenken wir, daß die schwache Schuld in der Höhe von 11 bis 20 Dezember auf 238 Milliarden Markt gegossen war, die einen Zinsausstoß von 25 Milli-arden Markt erfordern. Bedenken wir weiter, daß daneben ungedecktes Papiergeld in der Höhe von 117 Milliarden Markt aussticht und daß ferner noch 90 Milliarden alter Schulden bestehen, so haben wir im kommenden Jahr mit einer Gesamtbelastung von über 800 Milliarden Markt zu rechnen. Selbst beim günstigen Erfolg des Steuerkom-promisses wird nur ein Bruchteil dieser Last abgedeckt werden können. Was geschieht mit dem Rest, da selbst nach Angabe der Behörde der bürgerlichen Parteien die Belastung des Kom-promisses bis zur äußersten Möglichkeit angepaßt sei? Ist der konsequente Verfolgung ihrer bisherigen Steuer-politik möglich ist zu noch vorhandene Mittel zu greifen, um die arbeitende Bevölkerung noch weiter auszupressen und auszubeuten, da sie es bisher konsequent abgelehnt haben, die Steuern dort zu zahlen, wo sie einzuzahlen zu haben sind: beim Volk.

Das Steuerkompromiß bringt aber nicht nur keine Erleichterung aus unseiner Staatskasse, sondern bringt auch in sich selbst ungeheure Ungerechtigkeiten gegen das schwerkste Volk des Reiches. Das ist der Grund, weshalb wir die Steuerpolitik des Reiches nicht nur abgelehnt haben, sondern auch unter der kommunistischen Führung der Arbeiter sich entgegenstellen und gegen die

berung für die Genossenschaften preisgegeben hat. Das sind die Heldentaten der rechtssozialistischen Arbeitervertreter, die auch noch bei verschiedenen anderen Steuern auf den Kontum in Erscheinung traten. Die Sozialdemokraten überschritten in der Regel bei allen Steuerarten die von den Genossenschaften als äußerste Grenze dargestellte Linie der Belastung. Demgegenüber bedeutet die Zwangsanleihe, die von bürgerlicher Seite als ein Opfer des Besitzes bezeichnet wurde, in ihrem Effekt weiter nichts als eine abermalige größere Verschuldung des Reiches an Stinnes und Kompagnie. Die Groß-Bourgeoisie lauft sich so den letzten Rest der ihr fehlenden Macht im Staate zurück.

Und mit dem so gekosteten Großkapital geht die Sozialdemokratie in eine breite Koalition, die für die Arbeiterchaft bedeutet: Durchbrechung des Achtstun-dentages, Aufhebung der Erwerbslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung. Wir stellen mit der USP. fest, daß wir an einem entschei-denden Wendepunkt nach rechts stehen, bedauern aber, daß die USP. zu dieser Wendung nicht eine viel schärfere Stellung gegen die Koalitionsregierung einnimmt, nicht eine viel rüchichtslosere Sprache gegen sie führt. Das Steuer-kompromiß und die Stinneskoalition werden eine Belastungsprobe sein, die vor der Arbeiterchaft nur jene bestehen können, die sich klar und deutlich und mit aller Schärfe gegen sie gemeldet haben. Eine Regierung, die durch Unterstützung der Volkspartei getragen wird, verdient den stärksten Haß des Proletariats. Wir werden sehen, ob die USP. sie unterstützen will. Die nächsten Wochen werden uns eine Protzerhöhung um 75 Prozent bringen. Dann werden mehr noch als heute Arbeiter, Ange-stellte und Beamte dieser Regierung fluchen. Das gleiche gilt für die zu erwartende Mietpreiserhöhung. Die sogenann-ten Besitzlosen können nur zusammenfassend bezeich-nen: große Namen, große Etikette und dahinter nichts als blanke, purer Schwindel!

Bei der notdürftigen Berührung des deutschen Proletariats und bei der angeblichen Leistungsfähigkeit der Bourgeoisie ist zu prüfen, wo die Reichtümer, die von der schaffenden Kraft erzeugt wurden, in den letzten Jahren geblieben sind. Das ist nicht schwer festzustellen, denn die Zeitungen schreiben offen über die Beträge in Gold- und Papiermark, die in ausländischen Banken lagern: so in der Schweiz ein Betrag von über 60 Milliarden Papier-mark, was mag da nach Holland, Belgien, Schweden, Nor-wegen, Dänemark, England und Amerika verschoben worden sein! Auf der Eberfelder Tagung des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie wurde mitgeteilt, daß diese Industrie im Ausland Aufhänge von rund 2 Mil-liarden Goldmark habe. Man schafft sich ausländische Anleihe, um das Geld vor dem Zugriff des deutschen Steuerzinses zu schützen. Was hier von dem einen Verband gesagt wird, das gilt auch für die andern Verbände der Eisenindustrie, das gilt ebenso sehr für die Textil- und Montanindustrie. Zudem hat sich der Kapitalist nicht ge-lübt, schändlichen Ausverkauf ans Ausland zu betreiben, und mit dem Hochfluß auch die deutsche Arbeitskraft an das dankbarste Ausland zu verschleudern, um so, wie es schon immer die Praxis der Besitzenden war, die Steuerbe-lastung zu hemmen. Und diese „Steuerpolitik“ wird durch die Billigung des Kompromisses durch die rechtssozialistischen zur Permanenz erhoben. Die Hebe Breitfelds war weiter nichts als eine Defang der linken Flanke der Regierung. Es war eine Folge des Willens der USP., dieser Regierung den Erfüllungswillen beizubringen. Sie muß sich nun entscheiden zwischen zwei Wegen: mitzutun, wie die rechtssozialistischen oder den Kampf gegen die Regierung an-zunehmen. Sie hat sich für das erstere entschieden. Und so werden wir in Zukunft auch von der USP. kostwende Worte hören, aber keine Taten sehen.

Es muß von dieser Stelle noch Erwähnung finden, daß auch unsere kommunistische Bruderpartei die Forderung auf Erfassung der Sachwerte in Frankreich zu der übrigen gemacht hat. Sie wird, wie wir, den Kampf führen für die Aufhebung der indirekten Steuern. Gegenwärtig, wie der Kampf um die Erfassung der Sachwerte eine höchst wichtige Angelegenheit ist, überhaupt wird sie befürwortet werden auf Frankreich. Es werden sich die kommunistischen Proletaten aller Länder zu dieser Forderung be-knowen und unter der kommunistischen Führung werden sie ihr Ziel erreichen und folgen.